



Ankara und Berlin im ergebnisoffenen Prozeß

Wie aus „natürlichen Verbündeten“ von einst neue Partner erwachsen

Am Dienstag traten Kanzlerin Merkel und Premier Erdoğan vor die Berliner Presse: die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der Europäischen Union seien ein ergebnisoffener, zeitlich unbefristeter Prozeß. Die Politikerin meinte, sie stehe einer vollen Mitgliedschaft der Türkei eher skeptisch gegenüber. Aber dies müsse niemanden stören. Vielmehr möge man den Prozeß voranbringen. Laut Angela Merkel sollten Gespräche zum Kapitel 22 – Regionalpolitik – intensiviert sowie bald Rechtsstaatskapitel 23 und 24 eröffnet werden. Dies diene der rechtsstaatlichen Kooperation. Indessen verwies Tayyip Erdoğan auf drei Millionen Menschen aus der Türkei in Deutschland, elf türkischstämmige Abgeordnete im Bundestag, Aydan Özoğuz als Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, und auf große gemeinsame strategische Interessen der beiden Seiten. Wie steht es darum?



Foto: [Wiki](#)

Proteste gegen das Bauprojekt im Gezipark am Taqsimplatz

Verbündete

Innere und äußere Aspekte solcher Gemeinsamkeiten wechselten oft. Im Kern sagte die Kanzlerin zum Premier, sich eventuell in der Zukunft zu verbinden, aber eher kritisch zu bleiben: besser sei eine privilegierte Partnerschaft. Sie zweifelte am Beitritt, schiebt ihn auf eine lange Bank. Jedoch verfolgt sie ein dynamisches Konzept, indem sie alle auf das Naheliegende in den drei von 35 Integrationskapiteln ausrichtet. Ein Blick in das Gestern verrät, warum. In den drei Dekaden der deutschen Mittelostgründerjahre ab 1884 suchten Kaiser Wilhelm II. als auch Kanzler Otto von Bismarck ein „natürliches Bündnis“ mit dem Osmanenreich. Die Stichworte waren Sueskanal, Anatolische Eisenbahnen, moderne Industriewaren gegen Rohstoffe sowie der akademische Austausch samt Expeditionen.

Tiefpunkte bildeten in den [Weltkriegen](#) die [Jihadisierung](#) des [Islam](#) und die [Genozide](#). Beide Seiten wandten sich nach 1945 der Demokratie und neuen Zusammenarbeit zu. Im Geburtsjahr der Bonner Republik trat Ankara dem Europarat bei. Zehn Jahre darauf folgte das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Der Bei-

tritt des Natolands wurde seit 1959 anvisiert. Seinen Antrag 1987, in die Zollunion einzu- steigen, wurde erst 1996 wahr, nachdem die Türkei der Westeuropäischen Union als assoziiertes Mitglied beitrug. Im Folgejahr bejahte es Brüssel, die Türkei käme als volles Mitglied in Frage, schob aber Verhandlungen auf. Endlich wurde Ankara Ende 1999 ein Beitrittskandidat – nach Reformen im Zivilrecht. Beitrittsverhandlungen starteten 2005.

Als Alternative zur Vollmitgliedschaft stand die privilegierte Partnerschaft, die vor allem Paris wie die Einhaltung der Menschen- und Minoritätenrechte gefordert hat. Seither gab es ein Auf und Ab mit drei Kabinetten Erdoğan sowie zwei Extras seitens der Europäer: jährlich werden Berichte zum Stand in den Kapiteln gegeben und sollten Fortschritte bei Menschenrechten, Minoritätenschutz und Meinungsfreiheit fehlen, können ein Drittel der EU-Mitglieder Verhandlungen stoppen. Jedes Land muss den Beitritt im Parlament oder Referendum bejahen. „Nein“ oder fehlende Aufnahmefähigkeit brächte alles zu Fall.

Merkels Drängen auf konkrete Vorarbeiten folgt der Linie. Andererseits fand Erdoğan Probleme: Protestwellen ab 28. Mai 2013 über Istanbul hinaus gegen das Bauprojekt im Gezipark am Taqsimplatz, Einschnitte bei Bürgerrechten und neue Korruptionsskandale. Kanzlerin Merkel betonte hierzu, das Demonstrationsrecht gehöre zu den Grundrechten, und jedes Land müsse seinen Demokratisierungsweg sowieso aus eigener und innerer Kraft gehen.

Integration

Da Premier Erdoğan in Berlin erklärte, schnell zu wissen, was in Deutschland laufe oder umgekehrt, so mag dies nicht mehr stimmen. Mittwoch, den 5. Februar, kamen in Ankara Gesetze, das [Internet](#) zu zensieren, was man in Brüssel kritisiert hat. Sollte Staatspräsident Abdullah Gül die Eingrenzung der Redefreiheit bestätigen, so wirft dies auch Schatten auf das deutsch-türkische Wirtschafts- und Wissenschaftsjahr sowie auf die Diplomatie, wo eine Reise des Bundespräsidenten Joachim Gauck in die Türkei im April ansteht.

Ende März zeigen dort Kommunalwahlen das Stimmungsbarometer an. Immerhin erreichte Premier Erdoğan, daß bei Präsidentschaftswahlen in der Türkei an sieben Orten in Deutschland gewählt werden kann. Die interessanteste Frage betraf aber die Integration.

Ein Journalist sprach den Premier an, ob er bei seiner Wahlwerbung wieder die türkische Gemeinde Deutschlands vor der Assimilierung warnen werde. Daraufhin befürwortete er deren Integration, nicht aber die Assimilation, was „die Umwandlung einer Gesellschaft“ bedeuten würde. So etwas stehe gar nicht an. Die Kanzlerin meinte, Integration sei keine Einbahnstraße. Sie bedeute, daß sich diejenigen, die gekommen sind, natürlich auf das Land einlassen, die Sprache lernen und hier ihr Leben gestalten. Aber die Integration bedeute ebenso, daß die Bevölkerung, die hier schon viel länger lebt, bereit ist, die neuen Aspekte und auch die andere Kultur aufzunehmen, zu respektieren und sich dafür zu interessieren. Dies sei immer ein zweiseitiger Prozess. Wenn der Ministerpräsident wie einst in Köln „keine Assimilation“ sagt, dann käme es so an, „als müsste man uns das als Warnung sagen, denn es könnte ja passieren. Ich glaube, darüber sind wir hinweg.“

Sie tauschten sich dazu aus, daß es niemanden gebe, der so etwas wolle. Das wäre absolut nicht richtig. Die Deutschen seien selber ein sehr vielfältiges Volk. Die [Bayern](#)

möchten gleichwohl, daß ihre kulturelle Identität akzeptiert werde, genauso wie dies nicht minder Norddeutsche wollen. Verschiedene Einflüsse können die Gesellschaft auch bereichern. Ein probater Ansatz, zumal er durch Integrationsgipfel mit Punkten wie Berufsausbildung untersetzt werden soll. Hier sei an drei Leitsätze der Kritischen Islamkonferenz von 2013 erinnert.

**Integration heißt Emanzipation:* „Integrationspolitik“ soll vornehmlich als „Emanzipationspolitik“ verstanden werden. Es geht nicht darum, „fremde Kulturen“ in eine „deutsche Kultur“ zu integrieren, sondern einzelnen Individuen die Teilhabe zu ermöglichen. Geboten sei Sprachkompetenz und Bildung der Betroffenen zu stärken, ihnen zu vermitteln, welche Rechte und Pflichten sie im Verfassungsstaat haben, und alle Formen von Diskriminierung in Deutschland abzubauen.

**Enttabuisierung der Kritik:* Die Freiheit der Meinungsäußerung, der Kunst und Wissenschaft ist die unverzichtbare Grundlage einer modernen, offenen Gesellschaft und darf nicht aus Rücksicht auf religiöse Denkverbote beschnitten werden. Auch sollte sachlich begründete Kritik am Islam / Islamismus nicht als „rassistisch“, „fremdenfeindlich“ oder „islamophob“ diffamiert werden. Zwischen einer humanistischen Islamkritik, die sich für die Stärkung der Menschenrechte einsetzt, und chauvinistischer Muslimfeindlichkeit, die Menschenrechte untergräbt, bestehen grundsätzliche Unterschiede, die nicht übersehen werden dürfen.

**Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit:* Fremdenfeindlichkeit ist ein gesellschaftliches Grundübel, das entschieden bekämpft werden muss. Entgegen dem hermetisch verriegelten Kulturverständnis, das Islamisten und Muslimfeinde pflegen, sollte das transkulturelle Bewusstsein gefördert werden, dass wir allesamt „kulturelle Mischlinge“ sind, die von der Erfahrung „der Anderen“ profitieren. Für die Vertreter des „christlichen Abendlandes“ besteht in diesem Zusammenhang kein Grund zur Überheblichkeit: Denn „Demokratie“ und „Menschenrechte“ sind keine exklusiven Errungenschaften des Westens, sondern Bestandteile eines universellen „Weltkulturerbes der Menschheit“, an der Menschen aller Zeiten und unterschiedlichster Herkunft mitgewirkt haben.

Auswärtiges

Klappt eine innere Angleichung, gibt es mehr Raum für koordinierte auswärtige Schritte. Das europäische Boot, durch Eurokrise, Ukraine und Umbrüche in Mittelost geschüttelt, kann kentern. Die Kanzlerin verwies auf Syrien, wo 700.000 Flüchtlinge an der türkischen Grenze sind. Da die [Genfer Konferenz](#) II erst so spät – am Sonntag, den 9. Februar durften erste 600 Syrer die Stadt Hums verlassen - und wenig humanitäre Hilfe leistete, liegt es nur im bilateralen strategischen Interesse, so abgestimmt wie möglich zu helfen.

Mit Blick auf Syrien ordnete der saudische König [Abdullah](#) am 3. Februar an, keine Jihadis ins Ausland zu lassen. Wer dem zuwider handelt, kann mit 20 Jahren Gefängnis belangt werden. Auch der Großmufti Abd al-Aziz ash-Shaikh erließ eine Fatwa gegen die Rekrutierung „falscher Jihadis“, die „Folter, Erniedrigung und [Sklaverei](#)“ anwenden, um junge Saudis einzuspannen. Ähnliche Aktionen breiten sich in weiteren Golfstaaten aus, so in Kuwait. Wie am Nil hat man registriert, daß nach dem Krieg heimkehrende Jihadis ihre Gewalt fortführen. Indes mahnte Premier Erdoğan an, den Sicherheitsrat zu reformieren. Kanzlerin Merkel verwies auf 28.000 syrische Flüchtlinge, die Berlin seit 2011 aufnahm. Fazit: Innere und äußere Teile dieser Berliner [Mittelostpolitik](#) sind durch Kritik effektiv angelegt.

[Wolfgang G. Schwanitz](#)

[Mehr](#) in *Islam in Europa, Revolten in Mittelost*, [Neuerscheinung](#), 10. Juni 2013: [Buch](#) in [Berlin](#) [bestellbar](#).